

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Frankreichs Verteidigungslast

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1957) : Frankreichs Verteidigungslast, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 8, pp. 449-452

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132515>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Frankreichs Verteidigungslast

Alfred Frisch, Paris

Frankreichs finanzielle und währungstechnische Schwierigkeiten werden häufig und durchaus logisch in Beziehung gebracht zu einer hohen Verteidigungslast, die sich während langer Jahre aus den französischen Bindungen in Indochina ergab und die neuerdings weitgehend durch die Feindseligkeiten in Algerien bedingt erscheint. Es ist jedoch nicht ganz einfach und auch nicht immer möglich, in dieser Beziehung ein klares Kausalverhältnis herzustellen. Die Verteidigung ist bei weitem nicht der einzige von der Staatskasse gespeiste unproduktive Sektor. Normalerweise müßten morgen, wenn die algerische Frage eine für Frankreich einigermaßen befriedigende Lösung findet, die Militärkredite für Algerien durch mindestens ebenso große zivile Hilfskredite ersetzt werden, und die finanzielle Entspannung wäre von kurzer Dauer, d. h. sie würde sich auf die Übergangsperiode beschränken, die erforderlich ist, um die entsprechenden Programme anlaufen zu lassen.

FISKALBILANZ FÜR ALGERIEN

Gewiß, langfristig sind diese Aufwendungen produktiv, man darf aber nicht vergessen, daß es sich zunächst einmal um unrentable Infrastrukturarbeiten handelt und daß diese vom französischen Standpunkt aus gesehen ebenso eindeutig ein langfristiges Verlustgeschäft sind wie die Finanzierung militärischer Aktionen, die übrigens in Algerien mit zahlreichen zivilen Nebenerscheinungen verbunden sind, wie Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in Notgebieten, Straßenbau, Verbesserung des Fernmeldewesens usw. Man kann diesen Gedanken weiterspinnen und zumindest theoretisch die Frage aufwerfen, ob für das französische Wirtschaftsgleichgewicht die unproduktiven Subventionen nicht ebenso störend sind wie die militärischen Aufwendungen für Algerien.

Die Verteidigungslast hat für den Finanzminister im übrigen auch eine positive Seite, d. h. ein Teil der aufgewendeten Mittel fließt in Form von Steuern wieder in die Staatskasse. Die Anwesenheit von fast 480 000 französischen Soldaten in Algerien führte zu einer beachtlichen Belebung der algerischen Wirtschaft, die sich trotz der allgemeinen Unsicherheit einer außergewöhnlich guten Konjunktur mit entsprechend hohen lokalen Steuereinnahmen erfreut. Infolgedessen ist die Staatskasse des Mutterlandes nicht mehr verpflichtet, hohe Fehlbeträge des ordentlichen algerischen Haushaltes zu decken, d. h. sie wird durch die Feindseligkeiten jenseits des Mittelmeers entlastet, ebenso wie im Investitionssektor, denn die algerische Unsicherheit führte in den letzten zwei Jahren zu einer merklichen Verlangsamung der vorher ebenso bedeutenden

wie kostspieligen öffentlichen Investitionstätigkeit. Berücksichtigung verdienen in dieser theoretischen Fiskalbilanz auch die Steuereinnahmen aus den Lieferungen der französischen Wirtschaft an die Armee für die Truppen in Algerien. Es hatte daher eine gewisse Berechtigung, wenn der französische Ministerpräsident Bourges-Maunoury die etwas absurd klingende Versicherung abgab, der Algerienkrieg koste Frankreich nicht mehr als der Fehlbetrag seiner Eisenbahn. Nur ist es eine schlechte Methode, schwerwiegende nationale Probleme durch statistische Spielereien zu verdecken.

RÜCKWIRKUNG AUF DEN ARBEITSMARKT

Schließlich läßt sich die Verteidigungslast eines Landes nicht nur nach rein finanziellen Grundsätzen beurteilen. Man könnte z. B. eine Arbeitsmarktbilanz aufstellen und ermitteln, was die in Algerien über das normale Maß hinaus stationierten Soldaten, ausnahmslos junge Menschen, der französischen Wirtschaft an Mehrproduktion und der Staatskasse an zusätzlichen Steuern einbringen könnten. Vielleicht gelangt man dann zu einer Zahl, die es gestattet, den Fehlbetrag der Eisenbahn mehr als auszugleichen.

Zu den größten Schwächen der französischen Wirtschaft und zu den empfindlichsten Inflationsgefahren gehört im Sommer 1957 zweifellos die Anspannung des Arbeitsmarktes. Zahlreiche Fabriken können ihre Produktionsanlagen infolge Arbeitermangel nicht voll ausnützen. Auf die Dauer wird der Übergang zum Zweischichtenbetrieb, der in Frankreich noch viel zu wenig üblich ist, unvermeidlich sein. Die absolute Vollbeschäftigung erleichtert außerdem den Lohndruck der Arbeitnehmer, der für die Kosteninflation verantwortlich ist. Es ist kein Zufall, wenn Minister verschiedener französischer Regierungen auf der Verringerung des Truppenbestandes um 100 000 bis 200 000 Mann im Interesse des Arbeitsmarktes und der Inflationsbekämpfung bestehen. Am Rande sei bemerkt, daß vorwiegend infolge des Algerienkrieges die Einwanderung ausländischer Arbeiter 1956 in großem Umfang wiederaufgenommen wurde. Im letzten Jahr kamen 70 000 Ausländer nach Frankreich, in den ersten vier Monaten 1957 waren es bereits 36 000, und bis Ende 1957 rechnet man mit mindestens 100 000, vielleicht sogar 120 000 Ausländern.

RÜCKWIRKUNG AUF DIE WIRTSCHAFT

Zu den Hauptnutznießern des erhöhten Militärbedarfs gehört die Baumwollindustrie, deren augenblickliche Hochkonjunktur so gut wie ausschließlich militärisch bedingt ist. Ihr letzter Tiefpunkt fiel mit der Beendigung des Indochinakrieges zusammen. Zur Zeit gehen

nach ungefähren Schätzungen 20 % ihrer Produktion an die Armee. Weniger stark begünstigt ist die Schuhindustrie. Zwischen der Entlastung des Weinmarktes und der Anwesenheit einer sehr großen Anzahl verhältnismäßig wenig beschäftigter Soldaten in Algerien besteht ebenfalls ein gewisser Zusammenhang, während die Anforderungen der Armee für die Anspannung des Fleischmarktes wenigstens teilweise verantwortlich sein mögen. Normalerweise liegt der durchschnittliche Fleischverbrauch für einen Soldaten höher als für einen Zivilisten. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß der Armeebedarf an industriellen Erzeugnissen die Produktionskapazität der französischen Industrie keiner unerträglichen Belastung aussetzt und infolgedessen das Gleichgewicht nicht weiter erschüttert. Die Kapazitätsreserven waren bisher ziemlich hoch, besonders was den reinen Rüstungssektor, der lange Zeit wenig ausgenutzt war, betrifft.

Die Devisenbilanz leidet natürlich unter gewissen zusätzlichen Einfuhren, wie Erdöl, Hubschrauber usw. Man sollte aber diesen Faktor nicht überschätzen, zumal die Partner Frankreichs nur sehr ungern Waffen für Algerien liefern. Wieweit schließlich die Beanspruchung der Industrie für Heereslieferungen den Export einschränkt, ist schwer zu sagen. In verschiedenen Sektoren wird die deutsche Bundeswehr und vor allem die deutsche Luftwaffe zu Lasten der französischen Armee bevorzugt bedient, was hervorgehoben werden muß. Außerdem besteht kein Zweifel darüber, daß die relative Notlage der französischen Ausfuhr ihre Hauptursache in mangelndem Exportbewußtsein, besonders der Klein- und Mittelbetriebe, hat. Selbst ohne den Algerienkrieg hätte aller Wahrscheinlichkeit nach die jetzige Zahlungskrise bei sonst gleichlaufender Entwicklung nicht vermieden werden können.

DER VERTEIDIGUNGSHAUSHALT

Nach diesen allgemeinen Erwägungen sollen einige Zahlen über den Verteidigungshaushalt der letzten Jahre gegeben werden. Der Haushalt für 1957 setzte nach der Durchführung von Einsparungen in Höhe von 86 Mrd. ffrs insgesamt 1 307 Mrd. ffrs für die Verteidigung ein, wovon theoretisch 378 Mrd. ffrs auf

Militärausgaben der Französischen Republik

Jahr	Betrag in Mrd. ffrs	Jahr	Betrag in Mrd. ffrs
1952	1 266,8	1956	1 337,4
1953	1 289,7	1957 ¹⁾	1 307,0
1954	1 197,4	1958 ²⁾	1 200,0
1955	1 085,5		

¹⁾ Haushaltsplan. ²⁾ Geplant.

Algerien entfallen. Diese Trennung ist deswegen rein theoretisch, da schwer zu ermitteln ist, was diejenigen Truppen kosten, die augenblicklich in Algerien stehen und nach Beendigung der Feindseligkeiten nicht demobilisiert werden, denn es handelt sich bei den algerischen Kontingenten nicht ausschließlich um zusätzlich aufgestellte Einheiten. Für 1958 möchte man nach den jetzigen Plänen die Gesamtaufwendungen für Verteidigung auf 1 200 Mrd. ffrs ermäßigen. Es ist jedoch durchaus möglich, daß dieser Plan nicht verwirklicht wird. Der Staatshaushalt von 1956 führte zu tatsächlichen Militärausgaben in Höhe von 1 337,4 Mrd. ffrs.

Bis 1954 war Frankreich durch den Indochinakrieg belastet, 1956 wirkten sich die Feindseligkeiten in Algerien zum ersten Male in größerem Maße aus. Praktisch beschränkte sich die militärische Ruheperiode des Landes auf das zweite Halbjahr 1954 und auf das erste Halbjahr 1955.

Allerdings dürfen die Zahlen des Militärhaushaltes nicht nur absolut beurteilt werden. Wenn man ihre wirtschaftlichen Rückwirkungen einigermaßen genau ermessen will, muß man sie in Beziehung setzen zu den Gesamtausgaben des Staates und natürlich auch, was etwas schwieriger ist, zum Volkseinkommen, das bekanntlich nur schätzungsweise ermittelt wird. 1957 entspricht der Militärhaushalt ungefähr 27,5 % der gesamten Staatsausgaben. 1958 werden es nach den augenblicklichen Schätzungen nur noch etwas weniger als 24 % sein. 1956 waren es etwas über 31 %, 1955, im ruhigsten Jahr, etwas über 25 %, 1954 leicht über 30 %, 1953 fast 35 % und 1952 leicht über 35 %. Der Anteil der Militärlast am Volkseinkommen dürfte von etwa 12 % im Jahre 1952 auf etwa 8,5 % im Jahre 1957 zurückgegangen sein. Im Vergleich zu den für 1958 geplanten staatlichen Gesamtausgaben in Höhe von über 5 200 Mrd. ffrs spielen die Kosten des Algerienfeldzuges statistisch mit etwa 380 bis 400 Mill. ffrs, d. h. 7—8 % der Gesamtausgaben, keine große Rolle.

Es wäre jedoch bedenklich, sich mit derartigen statistischen Erwägungen zu begnügen. Die Feindseligkeiten in Algerien belasten die Wirtschaft in unberechenbarer Form psychologisch. Außerdem kann das Gleichgewicht der Staatskasse, und auch der Währung sehr wohl durch die letzten 5 % der Staatsausgaben erschüttert werden. Man vergißt allzu leicht, daß die Grenzwerte wirtschaftlich meistens besonders stark ins Gewicht fallen, weit über ihre rein statistische Bedeutung hinaus. Man sollte sich daher vor statistischen Spielereien und Spekulationen gerade auf diesem Gebiet hüten. Immerhin ist festzustellen, daß die finanzielle Belastung des Indochinakrieges für Frankreich ohne Zweifel schwerwiegender war als diejenige durch die Feindseligkeiten in Algerien. Aber auch diese Aussage ist nur von relativem Wert, denn während des Indochinakrieges erhielt Frankreich als direkte militärische Unterstützung bedeutende amerikanische Kredite, die jetzt völlig ausbleiben. Die amerikanische Militärhilfe erreichte 1954 ihren Höhepunkt mit 132,4 Mrd. ffrs, 1955 waren es noch 104 Mrd. ffrs und 1956 48,2 Mrd. ffrs (im Rahmen der Nato) gegenüber 46,2 Mrd. ffrs im Jahre 1952 und 37,1 Mrd. ffrs im Jahre 1953. 1957 hörte diese Hilfe völlig auf. Und 1958 ist zumindest für militärische Zwecke nichts zu erwarten. Während besonders in den Jahren 1954 und 1955 der Indochinakrieg über die amerikanische Hilfe indirekt zu einer Stärkung der Devisenposition Frankreichs führte, erwies sich der Algerienkrieg devisenmäßig und auch für das Budget zwangsläufig als Nettoverlust.

DAS HAUSHALTSDEFIZIT

Es wurde in Frankreich zur Gewohnheit, mit einem globalen jährlichen Fehlbetrag in Höhe von 700 bis 800 Mrd. ffrs zu rechnen, wobei man allerdings zwischen diesem theoretischen Fehlbetrag und der völlig

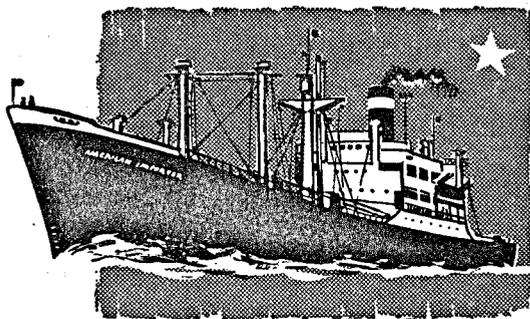
andersartigen Entwicklung der Staatsverschuldung unterscheiden muß. Hiervon sind zunächst die Schuldentrückzahlungen über das Tabakmonopol, d. h. jährlich mindestens 250 Mrd. ffrs, in Abzug zu bringen, ferner die direkten Anleihen der produktiven staatlichen Betriebe auf dem Kapitalmarkt, wofür die Staatskasse nur eine Garantie übernimmt, was sie jedoch nicht hindert, die entsprechenden Beträge in ihrer Bilanz erscheinen zu lassen, und darüber hinaus die produktiven Investitionskredite, die mit vom Staate zentralisierten Sparkassengeldern finanziert werden und ebenfalls nur buchmäßig durch die Staatskasse laufen. Man gelangt so zu einer jährlichen Nettoverschuldung des französischen Staates von weniger als 400 Mrd. ffrs, was zwar keine Kleinigkeit ist, aber den französischen Finanzexperten immerhin tragbar erscheint, zumal sie glauben, daß diese Nettoverschuldung durch eine Steigerung der produktiven wirtschaftlichen Aktiven über staatliche Kredite einigermaßen ausgeglichen wird. 1957 wurden so von der Staatskasse für Investitionen in der Wirtschaft und für den Wohnungsbau 297 Mrd. ffrs zur Verfügung gestellt. Für den Wiederaufbau fanden 1956 222,1 Mrd. ffrs Verwendung und im Vorjahr 301,5 Mrd. ffrs. Es ist nicht leicht, ein wirtschaftliches Urteil über die Verantwortlichkeit der einzelnen Ausgabenpositionen für den jeweiligen Fehlbetrag der Staatskasse zu fällen. Es besteht in Frankreich eine starke Verflechtung zwischen produktiven und unproduktiven Ausgaben des Staates. Zweifellos ist ein hoher Militärhaushalt eine finanzielle Belastung, es sollte aber andererseits nicht die einzige und auch nicht die ausschlaggebende Quelle der finanziellen und währungsmäßigen Schwierigkeiten Frankreichs sein. Bei einer derartigen Bilanz darf man jedenfalls die verschiedenen Subventionen direkter und indirekter Art, deren Kosten noch 1957 kaum hinter den statistischen Gesamtaufwendungen für Algerien zurückblieben, nicht vergessen.

AUFGLIEDERUNG DER MILITÄRKOSTEN

Die staatliche Buchführung unterscheidet im Militärhaushalt zwischen den Unterhaltungsaufwendungen für die einzelnen militärischen Truppen und ihrer Ausrüstung. 1956 benötigte der Unterhalt einschließlich Algeriens 828,7 Mrd. ffrs, während für die Ausrüstung 508,6 Mrd. ffrs aufgewendet wurden. In der

Gruppe des Unterhaltes entfielen auf das Heer 428,6 Mrd. ffrs, auf die Luftwaffe 133,4 Mrd., auf die Marine 109,5 Mrd., auf gemeinsame Ausgaben der Armeeteile 89,5 Mrd. und auf die überseeischen Gebiete der französischen Union 67,7 Mrd. ffrs. Bei der Ausrüstung steht die Luftwaffe mit 244,8 Mrd. ffrs an der Spitze, das Heer folgt mit 155,8 Mrd., die Marine mit 70,1 Mrd. bei gemeinsamen Ausgaben in Höhe von 34,7 Mrd., während die französischen Truppen in Übersee nur einen Ausrüstungsbetrag von 3,2 Mrd. ffrs erhielten.

Nach Zahlen, die Mitte 1957 von der französischen Presse genannt wurden, jedoch nicht als offiziell bezeichnet werden können, bestand Ende Juni 1957 die französische Armee aus 1,18 Mill. Mann. Hiervon befanden sich 480 000 Mann in Algerien, 70 000 bis 80 000 in Deutschland, 90 000 in Marokko und Tunesien, 80 000 in den überseeischen Gebieten und 450 000 im Mutterlande. Diese letzte Zahl mag überraschen. Sie erfaßt jedoch die Gendarmerie und die militärisch organisierten Sicherheitseinheiten der Polizei, so daß sie nach ungefähren Schätzungen um 150 000 bis 200 000 Mann verringert werden muß. Der Anteil der Berufssoldaten am Gesamtbestand ist nicht bekannt. Der beamtete Militärapparat beläuft sich bereits auf fast 250 000 Personen. Das Heer und die Luftwaffe zählen 490 Generale, 7 054 höhere Offiziere, 42 670 Offiziere der unteren Chargen und rund 150 000 Unteroffiziere. Die Militärdienstzeit beträgt gesetzlich zwei Jahre, tatsächlich jedoch augenblicklich 30 Monate. Nach Ablauf der gesetzlichen Frist erhalten die Rekruten die Bezahlung der Berufssoldaten, d. h. ein einfacher Soldat erhält neben kostenloser Ernährung und als Junggeselle im Mutterlande 7 200 ffrs monatlich, in Nordafrika 11 700 ffrs. Der Sold eines Feldwebels (verheiratet und mit einem Kind) beträgt — stets bei freier Kost — 45 000 ffrs im Mutterland und 85 000 ffrs in Nordafrika. Demgegenüber ist die Bezahlung der Offiziere verhältnismäßig bescheiden. Ein im Mutterland stationierter Kapitän (verheiratet und mit einem Kind) erhält monatlich 75 000 ffrs und muß im allgemeinen für seine Verpflegung selbst aufkommen, allerdings zu günstigen Bedingungen in Offizierskantinen. Der Sold eines verheirateten Brigadegenerals mit drei Kindern beträgt 195 000 ffrs.



Frachtschnelldienste nach den USA

NACH NEW YORK, BOSTON, PHILADELPHIA, BALTIMORE UND HAMPTON ROADS

WÖCHENTLICHE ABFAHRTEN VON HAMBURG, BREMEN UND BREMERHAVEN

WEITERE DIENSTE VON DEN BENELUX-HÄFEN, ENGLAND UND FRANKREICH

SOUTH ATLANTIC LINE NACH WILMINGTON, CHARLESTON, SAVANNAH,

JACKSONVILLE, PORT EVERGLADES



HAMBURG,
BALLINDAMM 1, TEL. 3216 71
BREMEN,
BAHNHOFSTR. 28/30, TEL. 3008 11-17
BREMERHAVEN,
COLUMBUS-KAJE, TEL. 69 51

United States Lines

REFORMPLANE

Ebenso wie in anderen Ländern der Welt läßt auch in Frankreich die Organisation der Armee, vom finanziellen Standpunkt aus gesehen, zu wünschen übrig. Reformbestrebungen sind fast ununterbrochen im Gange, sie dürften nach Ansicht sachkundiger Beobachter aber erst dann zum Erfolg führen, wenn man sich dazu entschließt, mit den finanziellen Aufgaben nicht mehr Militärpersonen zu betrauen, sondern Zivilisten, die sich mit der erforderlichen Unabhängigkeit außerhalb der militärischen Hierarchie befinden. Die stärksten Quellen der Verschwendung sind die Intendanz und die Materialämter. Man erwägt zur Zeit, private Firmen im Rahmen langfristiger Ver-

träge mit dem Unterhalt des Militärmaterials zu beauftragen. Die 1958 gegenüber 1957 erwarteten Einsparungen im Militärhaushalt (rund 180 Mrd. ffrs, teilweise zum Ausgleich erhöhter Anforderungen in Algerien) sollen zu einem nicht geringen Teil durch eine Reform des Militärapparates sichergestellt werden, teilweise aber auch, wenn irgend möglich, durch die Verringerung der tatsächlichen Militärdienstzeit auf 24 Monate, damit dem Arbeitsmarkt die am dringendsten benötigten zusätzlichen Kräfte (100 000 bis 200 000 Mann) zugeführt werden können. Auf diesem Gebiet dürften sich die außergewöhnlichen Militäranstrengungen Frankreichs wirtschaftlich am stärksten bemerkbar machen.

Entwicklung und Aussichten der Erdölchemie

Dr. Otto Horn, Frankfurt/M.

Die chemische Industrie der Bundesrepublik hat 1956 mit einem Gesamtumsatz von über 15,43 Mrd. DM einen neuen Höchststand erreicht. Gegenüber 1938 hat sich die Chemieproduktion verdoppelt, wobei die Kunststoffindustrie den stärksten Wachstumsanteil stellte. Wenn auch ein hoher Investitionsaufwand von etwas mehr als 1 Mrd. DM im letzten Jahr, neben einem sehr hohen Forschungsaufwand, diese Entwicklung gefördert hat, so bleibt doch noch viel zu tun. Die Suche nach neuen Energie- und Rohstoffquellen ist, nachdem sich herausgestellt hat, wie knapp unsere Energiedeckung ist, ein Anliegen aller großen deutschen Chemieunternehmen.

VON DER KOHLE ZUM ERDÖL

Die Entwicklung der deutschen organisch-chemischen Industrie erfolgte in folgenden Etappen: Vor 100 Jahren war der Steinkohlenteer, der als Nebenprodukt bei der Kohlenerzeugung anfiel, praktisch das einzige Rohmaterial, auf das sich die organisch-chemische Industrie, d. h. die Industrie der Farbstoffe und später dann die Arzneimittelindustrie, stützte. Vor etwa 50 Jahren kam als weiterer Rohstoff das Acetylen dazu, das aus Calciumcarbid erhalten wird. In die Zeit kurz vor und zu Beginn des ersten Weltkrieges fällt in Deutschland der Anfang der Acetylenchemie, deren erste Sprossen (Acetaldehyd, Essigsäure, Aceton, Dimethylkautschuk) sich in den zwanziger und dreißiger Jahren zu einem Baum mit vielen Seitentrieben entwickelten. Es sei hier nur an die Synthese des Kautschuks Buna R (Acetaldehyd — Aldol — Butylenglykol — Butadien) und die Reppe-Chemie erinnert. Etwa zur gleichen Zeit lenkten die Chemie des Kohlenoxyds und die Hochdruckkatalyse immer mehr Aufmerksamkeit auf sich, und die Ammoniak-, die Methanol- und die Benzinsynthese waren Höhepunkte in dieser Entwicklung. Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre gewann die Chemie der Hochmolekularen, d. h. der Kunststoffe und Kunstfasern, ständig an Bedeutung. Als Hauptrohstoffquelle diente aber immer noch das Acetylen, das aus Carbid gewonnen wurde. In dem

Maße, wie Kunststoffe wohlfeile Gebrauchsgüter wurden, wurde die Suche nach neuen billigen Rohstoffquellen intensiviert.

Hatte sich bisher ein großer Teil der Chemieentwicklung in Deutschland, der Schweiz und England — also hauptsächlich in Europa — auf der Grundlage des Steinkohlenteers und des Acetylens vollzogen, so erwuchs in dieser Zeit auf dem Weltmarkt in den preisgünstigen, auf der Basis von Erdöl und Erdgas gewonnenen Kohlenwasserstoffen, vor allem Olefinen, eine immer stärkere Konkurrenz. Es ist das die Zeit, in der sich die USA, dank der dortigen großen Erdgas- und Erdölvorkommen, immer mehr in die Chemieentwicklung einschalten konnten. Hier nahm Ende der zwanziger Jahre die sogenannte Petrochemie erst vorsichtig und später ständig wachsend ihre Entwicklung. Der Grund dafür ist die viel breitere und billigere Ausgangsbasis in den USA und Kanada, deren Erdölreserven mehr als 20mal und Erdgasvorräte mehr als 15mal so groß sind wie in Westeuropa. Schon Mitte der zwanziger Jahre wurde in den USA Erdgas zur Herstellung von NH_3 bzw. Stickstoffdüngemitteln verwendet. Zur gleichen Zeit wurde aus dem Propylen im Erdgas Isopropylalkohol hergestellt, und Aceton und Alkohol brachten weitere Belebung in dieses neue Gebiet.

VORRANGSTELLUNG DER USA

Die hohen Lohnkosten und die einfachere und bequemere Handhabung des Ols haben in den USA die Verwendung von Steinkohle auf die Deckung des Koksbedarfs der Metallindustrie beschränkt, während sich die Chemie mehr und mehr des Erdöls und Erdgases als Ausgangsmaterial für Chemikalien bediente, neuerdings selbst für Acetylen, das früher nur aus Carbid (Kalk/Kohle/Strom) gewonnen wurde.

An Chemikalien auf Erdöl- bzw. Erdgasbasis wurden 1955/56 in den USA 11,30 Mill. t und in Westeuropa 1,19 Mill. t erzeugt, während die Gesamtproduktion der Welt 16,00 Mill. t betrug.

Von der Produktion an Rohöl und Erdgas in den USA gehen nur 3% an die Petrochemie. Wertmäßig kom-